



Debattenbeiträge zur

# Zukunft **EUROPAS**

Nr. 2 | 20. September 2021

## **EUROPA NACH DER BUNDESTAGSWAHL: EUROPAS ZUKUNFT SOZIAL, ÖKOLOGISCH UND DEMOKRATISCH GESTALTEN**

Von Thorben Albrecht und Andreas Bodemer

Auch wenn Europa im Wahlkampf so gut wie keine Rolle gespielt hat, ist eins klar: Diese Wahl wird auch für die Zukunft Europas von entscheidender Bedeutung sein. Auf Grund der zentralen Rolle, die Deutschland unter den Mitgliedstaaten der EU einnimmt, wird sich eine neue Regierung unter einer neuen Kanzler\*innenschaft zwangsläufig auf die Europäische Union und die Perspektiven für ein soziales und demokratisches Europa auswirken.

Diese Perspektiven stellen insbesondere in Zeiten der Transformation dringende Fragen dar, die zu beantworten sind. Klimaschutz und Digitalisierung brauchen aktive Gestaltung, wenn wir ein soziales, ökologisches und demokratisches Europa schaffen wollen. Dies gilt umso mehr als Brüssel mit der Klimapolitik, dem Streben nach digitaler Souveränität und der internationalen Handelspolitik als Taktgeber der Globalisierung die Schrittgeschwindigkeit der Transformation wesentlich bestimmt.

### **Projekte für ein soziales und solidarisches Europa**

In ihrem europapolitischen Positionspapier „Für ein Europa mit Zukunft“ schlägt die IG Metall deshalb einen „Sozialpakt für Europa“ vor. Um den sozialen Grundrechten in Europa Verfassungsrang zu verleihen, muss die europäische Säule sozialer Rechte langfristig zu einem „sozialen Fortschrittsprotokoll“ ausgebaut werden. Kurz- und mittelfristig helfen Instrumente wie das soziale Scoreboard zur Feststellung größerer beschäftigungs- und sozialpolitischer Probleme, mehr soziale Gerechtig-

keit auf den Weg zu einer Sozialunion zu bringen. Eine solche Sozialunion muss durch eine Fiskalunion begleitet werden.



**Thorben Albrecht**



**Andreas Bodemer**

„Zu oft hat man aber den Eindruck, dass den Vertreter\*innen von Europäischer Kommission und Europaparlamentarier\*innen die Konsequenzen ihrer Entscheidungen

nicht genügend bewusst sind. Werden „Folgeabschätzungen zur Beschäftigungswirkung“ von Gesetzgebungsvorhaben angestellt, muss jeder und jedem klar sein, dass es dabei ganz konkret um die Lebensumstände von Millionen Menschen geht.“

Die Krisenpolitik der EU in der Covid 19-Pandemie hat einen notwendigen Paradigmenwechsel eingeleitet. So bedeutet die Einigung auf den europäischen Aufbauplan „Next Generation EU“ eine Zeitenwende und das System der gemeinschaftlichen Schuldenaufnahme einen Riesenintegrationsschritt. Die Mittel aus dem Aufbaufonds werden helfen, die gebeutelten EU-Volkswirtschaften auf Wachstumskurs zu bringen. Anders als bei der Finanzkrise hat die EU entschlossen gehandelt und Programme in nie zuvor gekanntem Volumen auf den Weg gebracht.

## Demokratie am Arbeitsplatz in Europa stärken

Wendet man sich einem „demokratischen Europa“ zu, heißt Demokratie aus gewerkschaftlicher Sicht immer auch Demokratie am Arbeitsplatz. Dieser Gesichtspunkt findet aber, wenn nicht von den „üblichen Verdächtigen“ forciert, bislang in der aktuellen Debatte um den Green Deal in der EU so gut wie keine Berücksichtigung. Dabei müssten gerade auf EU-Ebene Beteiligungsrechte für Arbeitnehmervertreter\*innen und Gewerkschaften in der Transformation gestärkt werden. Gleiches gilt für die Tarifautonomie. Hier bedarf es neuer mutiger Schritte. Ziel muss eine europäische Rahmenrichtlinie zur Mitbestimmung sein – ausgestattet mit einer Nichtregressionsklausel. Im Beschäftigungsausschuss des Europäischen Parlaments wird derzeit unter Federführung der sozialdemokratischen Abgeordneten Gaby Bischoff an einer entsprechenden Initiative zu „Democracy at work: A European framework for employees' participation rights and the revision of the European Works Council Directive“ gearbeitet (s. auch Gabriele Bischoff im nächsten Aufsatzbeitrag). Zwar handelt es sich um kein Gesetzgebungsverfahren. Aber die Mitbestimmung auf europäischer Ebene ist prominent platziert und die Europäische Kommission wird sich mit den Forderungen, die eine Vielzahl gewerkschaftlicher Vorschläge aufgreifen, auseinandersetzen müssen.

## Die europäische Herausforderung einer gerechten Transformation

Eines ist aber auch klar. So sehr eine Sozial- und Fiskalunion und Mitbestimmung auf europäischer Ebene vorangetrieben werden kann, um die Transformation zu gestalten, so ist der wichtigste Treiber der Transformation ebenfalls „europäisch“. Die deutlich höhere Ambition bei den europäischen Klimaschutzzielen, die im Frühling festgelegt wurde, und die daraus abgeleiteten strengeren Ansprüche in den Umsetzungsmaßnahmen wie den Revisionen des ETS und der CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwerte PKW/Vans erhöhen massiv den Transformationsdruck in der europäischen Industrie. Zu oft hat man aber den Eindruck, dass den Vertreter\*innen von Europäischer Kommission und Europaparlamentarier\*innen die Konsequenzen ihrer Entscheidungen nicht genügend bewusst sind. Werden „Folgeabschätzungen zur Beschäftigungswirkung“ von Gesetzgebungsvorhaben angestellt, muss jeder und jedem klar sein, dass es dabei ganz konkret um die Lebensumstände von Millionen Menschen geht. Wenn sozial-ökologische Transition auf EU-Ebene letztendlich nicht mehr ist als Klimaschutzbegründeter disruptiver Wandel mit ein wenig Wohlfahrtsrhetorik,

dann ist das kein ambitionierter Klimaschutz, sondern nur schlechte Politik. Vielmehr muss gelten: Wenn Ziele verschärft werden, dann müssen die Rahmenbedingungen für ihre Erreichung geschaffen werden.

Wie die Transformation, vor allem in „Transformationsverbänden“ oder „Transformationsclustern“ in „Transformationsregionen“ gestaltet werden kann, wird entscheidend von der Zukunft der Strukturpolitik und damit eng verbunden der Wettbewerbspolitik, konkret der Beihilfenregulierung, sein. Zu sehr orientiert sich das System der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds, insbesondere der Regionalfonds, am Ziel der Kohäsion und der Angleichung der Lebensbedingungen. Das hat nach wie vor seine Berechtigung, ist aber vor dem Hintergrund der Herausforderungen der Transformation zu starr und nicht zukunftsfest. Am 27. Oktober will die Kommission ein „Wettbewerbspaket“ vorstellen und die Ergebnisse einer umfassenden Überprüfung des europäischen Wettbewerbsrahmens und ihre entsprechenden Reformvorschläge präsentieren.

Finanzierungsmechanismen für die Transformation finden sich nun auch im Rahmen des europäischen Aufbauplans. Der „Fonds für einen gerechten Übergang“ (Just Transition Fund) als wichtigstes Instrument ist mit 17,5 Mrd. Euro ausgestattet. Die Mittel werden aber in erster Linie in Kohleregionen fließen. Sinnvoll scheint aus Sicht der IG Metall der Fokus auf industriepolitische Instrumente, die direkt am Aufbau bzw. der Stärkung neuer Wertschöpfungsketten in der Industrie ansetzen. In erster Linie sind das die sogenannten „Important Projects of Common European Interest“ (IPCEI). Bei diesen Projekten erteilt die Kommission Ausnahmen vom generellen Beihilfeverbot. Leuchtturmcharakter hat derzeit die europäische Initiative zur Batteriezellproduktion. Demnächst wird die Kommission eine neue Liste mit Projekten im Bereich Wasserstoff präsentieren. Hier kann die EU Innovationsimpulse setzen. Zu denken wäre als nächster Schritt an IPCEI zur Stärkung von Wertschöpfungsketten dekarbonisierter Produkte wie grünen Stahl.

Auf die neue Bundesregierung kommen daher in Europa wichtige Aufgaben zu. Sie muss in der Debatte zur Zukunft Europas, aber mehr noch in der konkreten Politik der EU, die Weichen auf ein soziales, ökologisches und demokratisches Europa stellen.

*Autoren: Thorben Albrecht, Leiter des FB Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik der IG Metall; Andreas Bodemer, Politischer Sekretär im Brüsseler Büro der IG Metall*

**Nächster Beitrag  
am 4.10. von  
Gabriele Bischoff  
zu: Demokratie am  
Arbeitsplatz in  
Europa**